

# Union bricht Asylgespräche mit "Ampel" ab - gegenseitige Schuldzuweisungen folgen

Artikel von AFP

Die Bundesregierung hat die Entscheidung der Union zum Abbruch der Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen in der Migrationspolitik bedauert. © Tobias SCHWARZ

Rund zwei Stunden wurde verhandelt, dann folgte der Bruch: Die Union hat die Gespräche mit der Bundesregierung und den Ländern über eine Verschärfung der Migrationspolitik für gescheitert erklärt. CDU/CSU und Koalition seien bei den Beratungen am Dienstag in Berlin "nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen", sagte der CDU-Politiker Thorsten Frei. Die Ampel-Regierung bedauerte den Abbruch. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen begannen unmittelbar nach dem Scheitern der Beratungen.

Um kurz nach 17.00 Uhr verließen die Vertreter der Union das Bundesinnenministerium, wo zuvor die Beratungen von Bund, Ländern und CDU/CSU stattgefunden hatten. Frei sagte zur Begründung des Abbruchs: "Was die Ampel vorgeschlagen hat, wird nicht zu mehr Zurückweisungen führen, nicht zu einer einzigen."

## Weiterlesen

Die Union hatte solche Zurückweisungen von Geflüchteten an den deutschen Grenzen zur Bedingung für ihre Teilnahme an dem Gespräch gemacht, bei dem die Möglichkeiten für ein gemeinsam abgestimmtes schärferes Vorgehen gegen die irreguläre Migration ausgelotet werden sollten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bedauerte das Platzen der Gespräche. "Wir haben wirklich gute Gespräche gehabt, auch wenn das manchmal etwas anders klingt", sagte sie im Anschluss. Die Bundesregierung habe einen Vorschlag vorgelegt, wie Geflüchtete grenznah untergebracht und schnell zurückgewiesen werden können. Sie betonte, es dürfe "keine riskanten Ausnahmen vom geltenden europäischen Recht geben".

.....

## Anmerkung:

Ja gegenseitige Schuldzuweisungen, anstatt sich nun mal endlich zusammentun um eine gemeinsame Sprache sprechen, dies gelingt der Ampel nicht. *Also unfähige Politiker die sich nicht zusammenraufen können.* Die Menschen in unserem Land verfolgen dies genau und werden ihre Schlussfolgerung daraus ziehen.

Weiter so es ändert sich nichts, bis zur nächsten Wahl im Bundestag. Die Bürger vergessen solch ein Theater nicht. Wählen entsprechend dann die entsprechende Partei.